PB.I-01-388-2

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Osnabrück-Land
Beschlussdatum:	24.04.2021

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 388 bis 398:
Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre ~~Verantwortung, das Grundrecht auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair und zügig durchzuführen, zusammenbringt. So schwer das derzeit in der EU der 27 auch ist. Zustände wie in den Lagern auf den griechischen Inseln oder an der Grenze zu Kroatien bedeuten einen Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade einer gemeinsamen und humanen Flüchtlingspolitik zwischen den Mitgliedstaaten begegnen wir mit folgendem Plan: In gemeinschaftlichen von den europäischen Partnern geführten Einrichtungen innerhalb der EU an den rechtsstaatlich und europäisch kontrollierten EU-Außengrenzen sollen die Geflüchteten registriert werden und einen ersten Sicherheitscheck durchlaufen. So wissen wir, wer zu uns kommt, und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht.~~ Verpflichtung, das Grundrecht auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair und zügig durchzuführen, zusammenbringt. So schwer das derzeit in der EU der 27 auch ist. Zustände wie in den Lagern auf den griechischen Inseln oder an der Grenze zu Kroatien bedeuten einen Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Asylkompromiss von 1993 als Reaktion auf die rassistischen Anschläge in Deutschland war nicht nur falsch, sondern führte zur Verschiebung der Verantwortung auf andere EU-Mitgliedsstaaten. Diese Fehlentscheidung wollen wir rückgängig machen. Deutschland muss selbst seiner Verpflichtung aus der Genfer Flüchtlingskonvention gerecht werden und die Menschen mit eigenen Aufnahmeprogrammen aus dem Elend holen, solange keine Einigung innerhalb der EU möglich ist.

Begründung

Die Situation im Mittelmeer und auf den (insbesondere griechischen) Inseln wird in der Programm-Vorlage zu Recht als ein **Verstoß gegen die Menschenrechte** bezeichnet. Renommierte Menschenrechtler bezeichnen dies nicht nur als Verstoß, sondern als kriminellen Akt seitens der Verantwortlichen Regierungen, der EU und der offenbar durch keine gewählten Organe kontrollierbaren "Agentur" FRONTEX. Klagen als "Crime against Humanity" (Verbrechen gegen die Menschheit) vor dem internationalen Gerichtshof sind in Vorbereitung. Demgegenüber **ist es völlig unzureichend, allein auf neue Vereinbarungen der EU-Staaten zu setzen**. Unmittelbares Handeln aus humanitären Gründen ist gefordert. Die Situation ist unbeschreiblich, die Aussagen der Verantwortlichen sind erschreckend:

Mütter mit kleinen Kindern hausen in dem Lager Moria 2 oder Kara Tepe auf Lesbos in unbeheizten Zelten, die regelmäßig von kaltem Wasser überschwemmt werden. Sanitäre Anlagen sind als solche nicht zu bezeichnen, es gibt nach einem halben Jahr weiterhin lediglich eine kleine Zahl ChemieToiletten, Körperpflege und Wäschewaschen müssen die Menschen im Meer erledigen, das Ufer ist mit Fäkalien verseucht. Es gibt keinerlei Angebote für die Kinder. Selbst die Verpflegung und

das Trinkwasser ist unzureichend. Die Menschen haben lediglich alle 2 Wochen stundenweise Ausgang, in denen sich die Mütter überlegen können, ob sie was zu essen besorgen oder mit ihren Kindern eines der wenigen Hilfsangeboten der NGO besuchen, die vom griechischen Staat bekämpft und verfolgt werden.

Kleine Kinder wollen sich das Leben nehmen. Ärzte ohne Grenzen berichtet, dass viele der 2000 Kinder im Camp Mavorouni unter Panikattacken und totaler Apathie leiden. Auch Fälle von Selbstverletzungen bei den unter 10-jährigen Kindern hätten signifikant zugenommen. Die katastrophalen Lebensbedingungen im neuen Camp nehme den Kindern jegliche Hoffnung. Dies führe dazu, dass ihre Bewältigungsmechanismen für die ausserordentliche Krise, in der sie sich befinden, ausgelöscht würden und sie ohne Perspektive und Lebenswillen zurückbleiben.

Es gelangen nur wenig Informationen aus den Lagern, weil die Verbreitung von Nachrichten streng verboten ist. Private Hilfen sind weitgehend verboten und werden verfolgt.

Alles dies geschieht nicht, weil die griechische Regierung zu wenig Unterstützung aus der EU erhält, sondern weil sie fürchtet, jegliche Verbesserung würde mehr Geflüchtete anziehen. Internationale Hilfslieferungen und personelle Unterstützung wurden boykottiert.

Der Vizeparteichef der konservativen Regierungspartei Nea Demokratia, Adonis Georgiadis, sagte bereits im März offen, warum die Lage auf den griechischen Inseln so schlecht ist: **"Damit sie aufhören zu kommen, müssen sie hören, dass es denen, die hier sind, schlecht geht."** Aus dem Grund weigert sich die Regierung auch, die Menschen aufs Festland zu holen, und will sie notfalls Jahrzehnte auf den Inseln lassen. Das schürt die Konflikte mit der Bevölkerung, die von rechtsradikalen Schlägertrupps weiter befeuert werden.

Weder die griechische Regierung noch die EU-Verantwortlichen haben irgendeine Perspektive, was mit den Fluchtgefangenen geschehen soll.